

densauftrag der Kirche auch den Auftrag des Staates anzuerkennen, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen, wenn auch die konkrete Ausgestaltung eine politische Entscheidung ist. Wir müssen in unserem Staat diese politische Entscheidung, die getroffen worden ist, zunächst zur Kenntnis nehmen. Wir sind froh darüber, daß schon im Grundgesetz der Auftrag der Armee dahingehend definiert oder beschränkt ist, daß ein Angriffskrieg verboten ist. Davon ist einmal auszugehen. Weiter ist zu beachten: Unsere Aufgabe als Militärseelsorger ist nicht so sehr auf die Bundeswehr als Institution gerichtet, sondern auf den Menschen in dieser Institution, und deshalb müssen wir dort sowohl den Soldaten, der schießen und damit eventuell töten muß, ernst nehmen wie den, der in verantwortlicher Stellung für die Sicherheit sorgen muß. Wir werden aber das Evangelium unverkürzt vertreten müssen, ohne uns auf Einseitigkeiten festnageln lassen zu dürfen.

HK: Eine letzte Frage: Wenn nicht alles täuscht, so bewegen wir uns von der allgemeinen Wehrpflicht zu einer Berufsarmee hin. Das ist bedingt einmal durch die technologische Entwicklung komplizierter moderner Waffensysteme, zum andern durch die wachsende Wehrunwilligkeit in der Bürgerschaft. Macht sich die deutsche Militärseelsorge über eine solche Entwicklung Gedanken, und welche Konsequenzen würde sie für die Militärseelsorge haben?

Niermann: Zuerst läßt sich feststellen, daß der Anspruch des Soldaten auf ungestörte Religionsausübung, so wie

er in § 36 des Soldatengesetzes garantiert ist, natürlich auch für eine Berufsarmee gelten würde. Auch in einer Berufsarmee bleibt der Soldat Träger von bürgerlichen Grundrechten. Diese Konsequenz aus dem Art. 4, Abs. 1 und 2 unseres Grundgesetzes für den Soldaten bliebe auch in einer Berufsarmee bestehen. Es würde sich also auch bei einer Berufsarmee die Frage stellen, wie dem Anspruch des einzelnen Kirchengliedes auf Seelsorge Genüge getan werden kann. Etwas anderes ist die Einrichtung einer Berufsarmee selbst. Der Militärseelsorger weiß vielleicht genauer als mancher andere, daß die Verbindung der Armee mit der Gesellschaft nicht nur durch politische Deklamationen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit herzustellen ist, sondern daß ein sehr starkes Bindeglied zwischen Gesellschaft und ihrer Armee die Wehrpflichtigen sind, die in einem unablässigen Rhythmus durch die Kasernen gehen und insofern eine sehr sichtbare und wirksame Klammer dieser Integration sind. *HK:* Wollen Sie damit auch sagen, daß der vielkritisierete oder vermutete Zuwachs an Angriffs- bzw. Kriegsbereitschaft auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht eher geringer sei als im Falle einer Berufsarmee?

Niermann: Darüber kann ich keine Aussage machen, da ich nicht weiß, wie eine Berufsarmee aussehen würde. Allerdings meine ich, daß man sich der Frage stellen müßte, und zwar neu, wie in einer Berufsarmee die Integration zwischen Armee und Gesellschaft auszusehen hätte.

Der Länderbericht

Afrikanisches Trauma oder Musterland?

Nigeria drei Jahre nach dem Bürgerkrieg

Als 1970 in Lagos der zweite Vierjahresplan veröffentlicht wurde, schien es verständlich, daß die *Herstellung der nigerianischen Einheit* zur Hauptaufgabe erklärt wurde. Kurze Zeit nach dem mühsamen Niederringen des aus der Föderation herausgebrochenen Biafra konnte die Devise nicht anders lauten. Noch heute kommen viele Journalisten aus Europa mit der Order nach Nigeria, sich ein Bild über den Stand der Reintegration der Ibos zu machen. Aber schon nach den ersten Gesprächen in Lagos, nach einem kurzen Besuch in der Ostregion, dem ehemaligen Biafra, spätestens nach einer längeren Reise durch ganz Nigeria, auch durch die Weiten des Nordens, kommt man zu dem Schluß: Die innere Überwindung des Bürgerkriegs ist in Nigeria keine bewegende Frage mehr. Es gibt aber neue Schatten über diesem großen Land. Eine schwer greifbare Spannung, Gereiztheit, Unsicherheit über die Zukunft liegt in der Luft. Die Ursachen sind schwer zu erkennen, die nigerianische Problematik ist komplex.

Ein Land voller Kontraste

Nigeria ist mit 923 000 km² bei fast gleicher Einwohnerzahl mehr als viermal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Fast jeder vierte Afrikaner ist Nigerianer.

In seinen Grenzen leben drei große Völker und eine Vielzahl von kleinen Stämmen. Der Süden ist vom Norden völlig verschieden, die Problematik der Städte ist anders als die des Landes. Der Bürgerkrieg von 1967 bis 1970 hat einseitig die Emotionen in vielen Teilen der Welt mehr aufheizen können als der 30jährige Krieg in Vietnam. Deshalb ist es schwer, dem Objektivität suchenden Leser ein Bild zu zeichnen, das der Realität dieses afrikanischen Landes entspricht.

Beeindruckend sind gerade die *regionalen Unterschiede*. Der Süden mit seinen scheinbar undurchdringlichen Tropenwäldern ist dicht besiedelt. Überall begegnen einem Scharen von Schulkindern. Lastwagen, gefährlich mit Menschen oder Gütern überladen, rasen in halsbrecherischer Fahrt über die mit Schlaglöchern durchsetzten Landstraßen. Um Lagos, Ibadan und Enugu sind riesige slumähnliche Wohnsiedlungen entstanden, die Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, nimmt indische Dimensionen an. In Lagos und Port Harcourt sind modernste Industrieanlagen im Bau.

Mit dem Kwara-Staat beginnt der Norden, der, wenn nicht gerade von alljährlich wiederkehrenden Flächenbränden verzehrt, gerade steppenartigen Charakter besitzt und im fernen Norden gar in Wüste übergeht. Je weiter

nach Norden man kommt, desto arabischer scheinen das Land und seine Menschen zu werden. Kano, Jos und Sokoto, drei der größten Städte des Nordens, wirken vergleichsweise mittelalterlich. Der Norden Nigerias ist arm, sehr arm. Darüber können auch einige Fabrikanlagen und repräsentative Fahrzeuge nicht hinwegtäuschen. Die Feudalstruktur ist noch intakt, Bildung ist für die Elite reserviert, ein sog. Bildungsbewußtsein der breiten Masse ist vorerst nur in Ansätzen vorhanden.

Nach der *Stammeszugehörigkeit* kann Nigeria ebenfalls in zwei oder drei große Einheiten eingeteilt werden. 50% der Bevölkerung lebten im Norden, weit verstreut auf gut drei Viertel der gesamten Fläche Nigerias, während es im Süden zu enormen Bevölkerungsballungen kommt, etwa in den Millionenstädten Ibadan und Lagos, in dem Ost-Zentral-Staat, dem Kernland des ehemaligen Biafra, mit über 320 Einwohnern pro km².

Der Norden, seit 1967 in sechs Länder aufgeteilt, wird neben verschiedenen kleinen Stämmen von den Haussa-Fulanis bewohnt. Viehzucht und Landwirtschaft auf Subsistenzniveau bestimmen die wirtschaftliche Tätigkeit der vorwiegend ländlichen Bevölkerung. Im Süden lebt etwa je die Hälfte der Einwohner in den drei West- bzw. drei Ost-Staaten. Die beiden Hauptstämme in diesen Regionen sind die Yorubas und die Ibos, die von der Landwirtschaft, vom Handel und vom Handwerk leben.

Beeindruckender als alle Beobachtungen über die Lebensweise ist ein Blick auf die Wirtschafts-, Schul- und Krankenhauskarte Nigerias: Im Süden, besonders im Osten und um Lagos liegen fast alle größeren Wirtschaftsunternehmen, die meisten Schulen, Oberschulen und Technischen Schulen, mit Ausnahme von Zaria sind alle (5) Universitäten im Süden, und auch die bedeutenderen Krankenhäuser konzentrieren sich hier. Im Norden rechnet man noch mit 85 bis 90% Analphabeten, im Süden sicher nicht mit mehr als 25%, im Ost-Zentral-Staat höchstens noch mit 5—8%. Im Norden gibt es für mehr als 100 000 Einwohner durchschnittlich nur einen Arzt, im Süden 10 und mehr. Noch heute wirkt der Süden englisch, der Handel spielt sich über die großen Hafenstädte Lagos, Port Harcourt und Calabar ab, während der Norden viel stärker zu den arabischen und Wüsten-Staaten hin orientiert ist. Russische und ägyptische Militärhilfe gelangt nach langen Fahrten durch die Wüste in die großen Militärzentren des Nordens.

Der Gegensatz Nord—Süd

Nigeria galt für sechs Jahre als das Musterbeispiel einer wohlgeführten, systematisch und gut auf die Selbständigkeit vorbereiteten, ehemaligen englischen Kolonie. Um so bestürzt wurde über seine Entwicklung seit 1966 geurteilt. („Ein Beispiel für die Unfähigkeit der Afrikaner, sich selbst zu regieren!“) Doch die Ursachen des erschütternden Bürgerkrieges werden verständlicher, wenn man die letzten 100 Jahre betrachtet.

Mitte des letzten Jahrhunderts begann Großbritannien, Nigeria von der Küste her zu erobern, indem es zunächst Stützpunkte und Handelsniederlassungen um Lagos und das im Westen gelegene Yorubaland, im Nigerdelta und im Hinterland des Niger, dem Ibo-Land, errichtete. Rasch wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft ergriffen, eine Vielzahl von Missionsschulen und Straßen,

eine Eisenbahn gebaut, eine eigene Verwaltungsstruktur entsprechend dem englischen System errichtet. Schwieriger wurde die Festigung des Hinterlandes. Hier stieß England auf das islamisch-feudalistische Großreich der *Haussa-Fulanis*. Erst 1903 konnte durch eine Großaktion auch der Norden Nigerias, allerdings unter Belassung des islamischen Wirtschafts- und Bildungssystems und der Feudalstruktur, als britisches Protektorat angegliedert werden. 1914 vereinigte Großbritannien die unterschiedlichen Regionen und legte damit den Grundstein für die folgenden tragischen Auseinandersetzungen:

„1. Das *Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftsgefälle* zwischen Nord und Süd wurde in den folgenden Jahrzehnten um so größer, je mehr die Entwicklung im Süden Fortschritte machte.

2. Als Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg den Nigerianern gestattete, in höhere Funktionen der Verwaltung aufzusteigen, waren es fast ausschließlich Männer des Südens, die für solche Aufgaben gerüstet waren.

3. Die Zubilligung einer gewissen *Autonomie* führte zur Gründung von politischen Parteien, die aber in Nigeria nichts anderes als *Stammesparteien* sein konnten. Man kann sagen, die Parteien sind die Fortsetzung der Stammespolitik mit anderen Mitteln.

4. Die eindeutige *Bevorzugung und Vormachtstellung des Südens* in allen wichtigen Bereichen eines modernen Staates wurde von Großbritannien dadurch politisch aufzufangen versucht, daß es ein Wahlsystem nach Provinzen einführte. Provinzen aber waren der Norden mit (angeblich) über 50% der Bevölkerung, der Westen und der Osten. (Später wurde vom Westen die Provinz Mittelwest abgetrennt.) Somit besaß der Norden in allen gesetzgebenden Gremien des Bundes immer die Mehrheit.

5. Zwischen den beiden großen Stämmen des Südens, den Yorubas im Westen und den Ibos im Osten, kam es zunehmend zu Rivalitäten über die Besetzung der entscheidenden Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen. Die Vormachtstellung, welche die urbaneren *Yorubas* bis in die fünfziger Jahre zu halten vermochten, wurde ihnen in der Folgezeit immer mehr von den Ibos streitig gemacht. Die Methoden dieser Rivalität waren wie die aller politischen Auseinandersetzungen innerhalb Nigerias in einem erschreckenden Grade Bestechung und Vetternwirtschaft.

6. Der Haß zwischen den Stämmen Nigerias konnte sich unter diesen Umständen nur noch verstärken. Die Menschen des Südens blickten mit einer gewissen Verachtung auf den rückständigen Norden, der sie aber politisch majorisierte. Der Norden führte vornehmlich kulturell-religiöse Argumente ins Feld, die seinen Haß gegen den Süden nährten. Dieser Haß gründete sich aber vor allem darauf, daß man in der Wirtschaft, in der Verwaltung, im Erziehungswesen, usw. dem Süden völlig unterlegen war. Und die Ibos und Yorubas, die im Norden als Geschäftsleute, Beamte oder Offiziere tätig waren, ließen sie das deutlich spüren.“¹

Die Niederlage der Ibos

Die fast zwangsläufig folgenden Ereignisse der sechziger Jahre lassen sich in wenigen Worten wiedergeben: 1960 erhielt Nigeria die Unabhängigkeit. Die 1964 durchgeführten Wahlen ließen bereits klar die dem System des auf Stammeszugehörigkeit basierenden Parteiwesens im-

manent Schwächen erkennen. Als am 15. Januar 1966 eine Gruppe (vorwiegend Ibos) junger Offiziere versuchte, das ihnen unfähig erscheinende, vom Norden beherrschte System durch eine Militärregierung zu ersetzen, war die gewaltsame Auseinandersetzung nicht mehr aufzuhalten. Im Mai 1966 rief der oberste Militärrat unter General *Ironsi* eine zentralistische Verfassung aus. Daraufhin kam es im Norden zu Unruhen gegen die Ibos, denen einige Hundert Menschen zum Opfer fielen. Bei Beschwichtigungsversuchen wurde Ironsi im Juli 1966 in Ibadan von meuternden nordnigerianischen Truppen verhaftet und einige Tage später erschossen. Am 1. August übernahm Oberst *Y. Gowon* von dem kleinen Nordstamm der Gonwa, scheinbar ein Kompromißkandidat der meuternden Truppen und des obersten Militärrats, die Macht. Oberst *O. Ojukwu*, der Militärgouverneur der Ostregion, erkannte diese Regierung aber nicht an. Zahlreiche Einigungsversuche scheiterten. Es kam zu regelrechten Progromen, zahlreiche Ibos in Kano, Kaduna und anderen Städten des Nordens wurden vom Mob erschlagen, und auch im Osten wurden viele Häuser von Haussas und Fulanis in Brand gesteckt und die Besitzer ermordet. Eine Fluchtbewegung von Hunderttausenden folgte, vom Norden zum Süden und umgekehrt.

Gowon und Ojukwu wurden jetzt, trotz Bemühungen auf beiden Seiten, von den Ereignissen getrieben. Als Gowon schließlich im Mai 1967 den Ausnahmezustand ausrief und eine Neuordnung in 12 Einzelstaaten verkündete, reagierte Ojukwu am 30. Mai 1967 mit der Proklamation der unabhängigen Republik Biafra, deren Ausrufung bereits seit einigen Monaten erwartet worden war.

In den nun beginnenden *militärischen Auseinandersetzungen* konnten zunächst die recht gut vorbereiteten Biafra-Soldaten beachtliche Erfolge erzielen und rückten bis auf 100 km auf Lagos vor. Dann machte sich jedoch die zahlenmäßige Überlegenheit der Föderationstruppen, eine zunehmende eigene Kriegsrüstung, ausländische Waffenlieferungen etc. bemerkbar. Bereits vier Monate nach Kriegsausbruch war Biafra gänzlich abgeschnitten. In einer der blutigsten Einkreisungsschlachten wurde Biafra langsam in die Knie gezwungen. Während die Bundes-truppen in zunehmendem Maße Militärhilfe aus der Sowjetunion und Großbritannien erhielten, da sich diese davon wirtschaftliche (Erdöl) als auch außenpolitische Erfolge versprachen, erfüllten sich *Ojukwus* Hoffnungen auf Unterstützung durch Frankreich, die USA, die Volksrepublik China und Israel kaum, da diese Staaten durch den frühen Rückschlag der Biafra-Armee schnell an dem Sieg der Ibos zu zweifeln begannen und sie nicht ihre Einflußmöglichkeit auf Nigeria für lange Zeit aufs Spiel setzen wollten, während die Sympathie der Weltöffentlichkeit den Ibos galt. Thesen vom Religionskrieg (Islam gegen Christentum) und vom Völkermord (völlige Ausrottung der Ibos) fanden willig Eingang in den westlichen Medien; Demonstrationen und Kirchenappelle, spontane Spenden und die größte Hilfsaktion, die je für ein Land der Dritten Welt unternommen wurde, waren Zeichen einer einmaligen Anteil- und Parteinahme².

Bemühungen um den Wiederaufbau

Als Biafra im Januar 1970 kapitulierte, fand das bisher blutigste Drama der afrikanischen Geschichte (Schätzungen belaufen sich auf 800 000 bis 2 Mill. Tote) ein Ende.

Noch viele Jahre werden vergehen, bis alle Einzelheiten objektiv bekannt sind. Fest steht jedoch, daß die befürchteten Progrome an den Ibos ausblieben, es keinesfalls zu einem Völkermord gekommen ist. Im Gegenteil, abgesehen von der fast als normal zu bezeichnenden Verbitterung auf beiden Seiten, einer anfänglich großen wirtschaftlichen Armut der Ibos (die Biafra-Währung wurde nach Kriegsende entwertet) und einer verstärkten Kontrolle des Ost-Zentral-Staates durch die Zentralregierung, muß General Gowon bescheinigt werden, daß er alles in seiner Macht Stehende getan hat, eine schnelle Reintegration der Ibos in den Bundesstaat zu ermöglichen. Diese Bemühungen wurden von den Ibos auch durchweg honoriert.

Jeder Besucher findet heute noch Spuren der schweren Kämpfe im Ost-Zentral-Staat. Ruinen und Geschossein-schläge in Onitsha, der wichtigsten Stadt am Niger-Übergang, in Orlu und Owerri, den letzten Inseln des „Biafra-Reiches“, der katastrophale Zustand der Hauptstraße von Benin City nach Onitsha, viele nur einspurig befahrbare Behelfsbrücken etc. künden noch von den die Weltöffentlichkeit schockierenden, nur knapp drei Jahre zurückliegenden Kämpfen und werden heute noch gern von Reisenden geschildert. Aber Mediziner zerbrechen sich noch den Kopf, wo die verhungerten Kinder (während des Krieges wurde von mehreren Millionen gesprochen) geblieben sind, wie sie ohne sichtbare Spuren ihre Kräfte zurückgewinnen konnten. Ansonsten ist das Ibo-Land, der Ost-Zentral-Staat, von einer betriebsamen Regsamkeit gekennzeichnet (viele Vergleiche mit dem Nachkriegs-Deutschland bieten sich hier an). Ibo-Funktionäre sitzen wieder in hohen Regierungsämtern. In der Armee befehlen zahlreiche Ibo-Offiziere. Es gibt auch erste, tastende Versuche einzelner Ibos, wieder in die vor den Progromen bewohnten Gebiete im Norden zurück-zukehren. Am 31. März 1972 erklärte General Gowon in seiner Budget-Rede, der Wiederaufbau des Landes könne praktisch als abgeschlossen angesehen werden.

Ein Wirtschaftswunder mit vielen Sorgen

Zu Recht wird von den Ibos geklagt, daß sie ihre alte wirtschaftliche Stärke noch nicht zurückgewonnen haben. Aber bei ihnen ist man sicher, daß sie aus eigener Kraft imstande sind, auch die letzten Wunden zu heilen. Diese Hoffnung besteht aber nicht im gleichen Maße bezüglich der Gesamtwirtschaft und des Sozialwesens des Landes. Zur Zeit beruht der Wiederaufschwung der nigerianischen Wirtschaft auf der *raschen Steigerung der Erdölproduktion* im River-Staat, die die staatlichen Erdöl-einnahmen (seit kurzem verbleiben 55 % der Erdöleinnahmen der Regierung, 45 % gehen an die ausschließlich westlichen Ölgesellschaften) in wenigen Jahren vervielfacht und 1971 70 % der gesamten Staatseinnahmen und 71 % aller Deviseneinnahmen ausgemacht hat. Mehr als zwei Drittel dieser Einnahmen stehen der Bundesregierung als stärkstes Machtinstrument zur Verfügung, und kaum ein Drittel wird an die Bundesstaaten verteilt. Die wichtigsten Positionen der Staatsausgaben sind: Armee, Förderung der Industrie und Landwirtschaft, Bau von Schulen, Krankenhäusern und Straßen³.

Am 31. März hat General Gowon eine Anzahl von *einschneidenden Maßnahmen* verkündet: a) Reduktion der Geld- und Kapitalumläufe; b) Übernahme von 40 % des Aktienkapitals der Privatbanken durch den Staat; c) Schutzmaßnahmen für die einheimische Industrie in

Form von Einfuhrrestriktionen; d) Senkung der Zölle für verschiedene Roh- und Fertigprodukte; e) Reservierung von 22 Industrie- und Gewerbebranchen ausschließlich für Nigerianer. In weiteren 23 Branchen müssen Ausländer ebenfalls ihre Tätigkeit einstellen, wenn das eingezahlte Kapital zwei Millionen DM nicht übersteigt. In einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung können diese Schritte als mutig bezeichnet werden, zumal recht konsequent die bisher eingeschlagene Richtung weiterverfolgt wird. Auf der einen Seite wird daher ein beachtlicher Optimismus zur Schau getragen. Im April des Jahres wurde Dahomey, dem Nachbarstaat, sogar ein zinsloses Darlehen mit 30jähriger Laufzeit in Höhe von 10 Millionen DM gewährt. Es bestehen aber große Zweifel, ob die Regierung mit diesen Maßnahmen die dringend notwendigen Reformen eingeleitet hat, die zur Lösung der Probleme des Landes unerlässlich sind.

Unter den *wichtigsten Zielen der Regierung* seit 1970 wird selbstverständlich die Errichtung einer gleichen und gerechten, einer freien und demokratischen Gesellschaft, das Prinzip der Chancengleichheit, aufgeführt. Durch die in Angriff genommene Verstaatlichung der Schulen und die in einigen Jahren beabsichtigte Verstaatlichung der Krankenhäuser, durch beachtliche Neuinvestitionen in diesen beiden Sektoren sollen alle Regionen gleichmäßig gefördert und kostenlose Dienste angeboten werden. Aber diese Maßnahmen sind völlig unzureichend, die noch größer werdende Kluft zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd, Stadt und Land auszugleichen. Den Lehrprogrammen liegen noch immer europäische Inhalte und Methoden zugrunde, die rasch wachsende Zahl der Schulabgänger ist kaum des Lesens fähig. Doch reicht ihr Wissen aus, um den Wunsch nach dem besseren Leben in der Stadt zu wecken, den white-collar-job zu suchen, aus den Familienbanden auszubrechen und damit zur Auflösung der traditionellen Gesellschaftsstrukturen beizutragen. Viele Krankenhäuser sind leer, haben keine Ärzte (in ganz Nigeria gibt es 2800 Ärzte, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es bei gleicher Einwohnerzahl 110 000), die wenigen im Lande vorhandenen Ärzte bevorzugen das Leben in der Stadt und die Arbeit in Privatpraxen. Die Kapitalakkumulation in den Händen weniger, kapitalintensive Investitionen, die die Bildung eines explosionsartig zunehmenden Stadtproletariats beschleunigen und die internationale Abhängigkeit fördern, werden widerspruchslos hingenommen. Eine Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen von 15—20%, eine Inflationsrate von jährlich 10% und mehr (Lagos gilt bereits als eine der teuersten Städte der Welt), eine alle Initiativen abtötende, allmächtige Bürokratie, eine Korruption unvorstellbaren Ausmaßes sind erschreckende Dimensionen. Eine Antwort ist nicht in Sicht, die politische Führung scheint diese Probleme nicht zu sehen oder ist mit anderen Fragen beschäftigt.

Nigeria wird heute wie immer mehr afrikanische Staaten von einer Militärregierung geführt, die 1976 ihre Herrschaft wieder an parlamentarische Institutionen abtreten will. Auch in jedem der Bundesstaaten mit Ausnahme des Ost-Zentral-Staates, befindet ein Militärgouverneur über die wichtigsten Regierungsentscheidungen. Dieser Militärregierung steht ein strukturell an das britische System angelehnter *Verwaltungsapparat* zur Seite, der wegen seiner Fachkenntnisse und dem Fehlen einer wirklichen Kontrollinstanz über eine beachtliche Macht verfügt.

Die *Armee* ist mit mindestens 200 000 Mann (vor dem Bürgerkrieg etwa 7000 Mann) zum stärksten „Ordnungselement“ im Staate geworden. Verwaltung und Armee haben ihre Leistungsfähigkeit am 2. April 1972 unter Beweis gestellt, als der Verkehr von links nach rechts umgestellt wurde. In einer großartigen Aktion, psychologisch, personell und organisatorisch vorbildlich vorbereitet, konnte diese Anpassung an die umliegenden afrikanischen Länder reibungslos vollzogen werden. Am 1. Januar soll auch eine neue nigerianische Währung, „Naira“ und „Kobo“, die das Pfund und den Schilling ablösen sollen, eingeführt werden. Eine Umstellung der Längenmaße und Gewichtseinheiten auf das Dezimalsystem soll folgen. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß auch diese Maßnahmen mit generalstabsmäßiger Präzision abrollen werden.

Eine der Bedeutung der Armee nahekommende politische Gruppierung gibt es im Lande nicht. Parteipolitische Aktivitäten auf Stammesebene finden sich nur unter der Oberfläche. Die Gewerkschaften sind politisch bedeutungslos.

Kommt es zu neuen Auseinandersetzungen?

Und welche Rolle spielen die Minderheitsstämme, die pufferartig zwischen den drei großen Hauptstämmen siedeln? Machtpolitisch sind sie bedeutungslos, obwohl sie in der Armee und Verwaltung recht zahlreich vertreten sind. Aber in den großen Entscheidungen haben sie kein gewichtiges Wort mitzureden. Das sehen die großen Drei als ihr Vorrecht an; nur wenn sie untereinander im Streit liegen, kann es zu der für Nigeria obskuren Situation kommen, daß der Vertreter eines Minderheitenstammes die Regierungsgeschäfte leitet. Im allgemeinen wurden die kleinen Stämme von den großen ausgebeutet, in Unwissenheit gelassen, rechtlos gehalten. So hat sich z. B. in der Vergangenheit nur selten eine Chance ergeben, wie für die ebenfalls die Ibo-Sprache sprechenden Ibibios, als sie 1967 die Ibos aus ihren Positionen in Port Harcourt und Umgebung, dem nigerianischen Erdölgebiet, verdrängten. Bei einer solchen, sich selten bietenden Chance sind diese Minderheitsstämme unerbittlich gegen den sie seit Jahrhunderten beherrschenden Großstamm.

General Gowon ist zur Zeit der anerkannte und respektierte Führer Nigerias, seine Lauterkeit ist sprichwörtlich. Und Gowon hat schon mehrmals unter Beweis gestellt, daß er auch ohne die Hausmacht eines der großen Stämme seine Position behaupten kann. Doch darin liegt auch seine Schwäche: Erst das Fehlen dieser Stütze macht ihn für alle, auch für die kleinen Stämme, zum geeignetsten Kompromißkandidaten. Er muß deswegen auch auf die Durchführung der notwendigen Reformen verzichten. Übrigens ist auch die Armee nicht bedingungslos auf ihn eingeschworen, da sie sich aus Mitgliedern verschiedener Stämme zusammensetzt.

Und so versteht sich die unheimliche, belastende Unruhe im Lande. Gespannt wird jede Bewegung und Äußerung sowohl des mächtigen Emirs von Katsina im Norden als auch des Rechtsanwaltes Chief *Awolowo*, des Führers der Yoruba, verfolgt: Es scheint sich ein neuer (Macht-)Kampf vorzubereiten, ein Kampf der Haussas gegen die Yorubas. Der Gründe dafür gibt es viele. Zwei der wichtigsten sind: 1. 1966/67 wurden viele der von den Ibos verlassenen Positionen sofort von den wendigen Yorubas eingenom-

men, die heute auch im Norden nicht mehr bereit sind, diese wieder aufzugeben. Die Haussa-Fulani ihrerseits sind aber nicht mehr willig, sich von ‚Fremden‘ lenken zu lassen und die höheren oder lukrativeren Positionen in Handel und Wirtschaft den Yorubas zu belassen. Korruption, Ausbeutung und Unfähigkeit werden ihnen vorgeworfen. Vergleiche mit den vormals anwesenden Ibos fallen stets zuungunsten der Yorubas aus. 2. Die Beherrschung des Erdöls, das im Niger-Delta, im River-Staat, gefördert wird, das 70% des nigerianischen Exports ausmacht und das Rückgrat des Staatshaushalts darstellt, ist ein anderer entscheidender Faktor für diese Spannung. Jetzt beginnt es sich auszuzahlen, daß es die Nord-Soldaten am Ende des Bürgerkrieges zu keinem der befürchteten Gemetzel haben kommen lassen. Bereits drei Jahre nach Kriegsende ist wieder eine Allianz von Ibos und Haussas greifbar, wie 1960 bei Gründung der unabhängigen Republik Nigeria. Werden aber dieses Mal die Yorubas die Opfer sein? Zahlreiche Kenner der nigerianischen Szenerie versicherten, die Auseinandersetzung könnte jeden Tag beginnen.

Und Symptome gibt es viele. So sollen die Schulen in einigen Staaten des Nordens jetzt nur noch Kindern der ortsansässigen Stämme offenstehen, was die Yorubas zu Recht als direkten Affront gegen sich ansehen. — Die sicher nicht unberechtigte Beunruhigung der Yorubas mag folgendes Beispiel noch mehr verdeutlichen: In verschiedenen Teilen des Landes sind in jüngster Zeit zahlreiche Fälle von Kindesentführung aufgetreten. Die entführten Kinder sollen als Sklaven verkauft oder bei religiösen Riten einem der zahlreichen Götter geopfert werden. Die panikartige Reaktion der Bevölkerung drückte sich einige Male in Lynchjustiz gegen Verdächtige aus. So wurde Ende August 1972 in Kaduna ein angesehener Yoruba-Geschäftsmann vom Mob erschlagen, nachdem er mit einem Jungen auf der Straße gesprochen hatte. Am nächsten Tag versammelten sich mehr als 6000 Yorubas, zogen demonstrierend durch die Stadt und forderten die Einstellung der „Massentötung unserer Stammesbrüder“. Der massive Protest scheint verständlich, denn wenn den Yorubas, die häufiger als die mohammedanischen Haussas zur Verehrung von traditionellen Göttern und zur Magie tendieren, einmal der Ruf anlastet, Kindesentführung aus religiösen Gründen zu betreiben, wird ein zweites Mal das Wort ‚Völkermord‘ die Runde machen.

Die Rolle der Kirche

Wo steht in diesem Gärungsprozeß die *katholische Kirche*? Es ist sicher keine Übertreibung zu sagen, daß sie eigentlich nur im Ost-Zentral-Staat, dem Ibo-Land, eine gewichtige Rolle spielt. Hier gibt es einheimische Priester und zahlreiche Zeugnisse ihrer Gegenwart. Fast 20% der Bevölkerung sind Katholiken und leben neben einem mindestens ebenso starken protestantischen Bevölkerungsanteil. In den Weststaaten gibt es nur 4% Katholiken, im Norden, in dem die Kirche ihre Missionsarbeit erst vor gut 30 Jahren unter den nicht-mohammedanischen Einwohnern, also vor allem den Minderheitsstämmen, aufnehmen konnte, rechnet man mit knapp einem Prozent. In diesen beiden Regionen ist die größte Schwäche der Kirche ihr Mangel an einheimischen Priestern. Hier wird sie vor allem durch irische Priester und Bischöfe geführt, darüber kann auch die Ernennung von sieben jungen einheimischen Weihbischöfen im letzten Jahr nicht hinwegtäuschen.

Diese Bischöfe und Priester haben ihre irische Identität stets bewahrt und haben trotz eines häufig bewundernswerten Einsatzes in den ärmsten Gegenden keinen Zugang zu der sie umgebenden Kultur gesucht und gefunden. Sie haben der nigerianischen Kirche die traditionellen Missionierungsinstrumente der Schulen und Krankenhäuser vermittelt, so daß die gerade vollzogene Verstaatlichung der Schulen und die beabsichtigte Übernahme der Krankenhäuser durch den Staat für die Kirche mehr als der Entzug ihres Eigentums bedeutet. Für viele Priester und Bischöfe wird der Kirche damit die Basis und das Instrumentarium ihres Wirkens entzogen.

Ein Großteil der Christen hat sich während des Bürgerkriegs offen für „Biafra“ eingesetzt. Das Wirken des Ökumenischen Rates der Kirchen und die vielen anderen internationalen Verbindungen der Kirchen haben viel dazu beigetragen, daß es nicht nur zu einer massiven Unterstützung „Biafras“ durch europäische und amerikanische kirchliche Einrichtungen gekommen ist, sondern auch zu einer fast einmütigen moralischen Verdammung der nigerianischen Bundesregierung und der Armee.

Nur dank der Ausgleichsbemühungen des kürzlich verstorbenen Erzbischofs von Lagos, J. K. Aggey, konnte der vollständige Bruch mit der nigerianischen Bundesregierung vermieden werden. Auf dem ersten Treffen aller nigerianischen Bischöfe nach Kriegsende, das vom 24. 3. bis 3. 4. 1970 in Lagos stattfand, wurde die Kirche von der Regierung aufgefordert, sich um die Wiederherstellung der Einheit und den Wiederaufbau und um eine Trennung von ausländischen Interessengruppen zu bemühen.

Es ist schwer auszumachen, ob die Kirche daraus eine Lehre gezogen hat. Auffallend ist ihr Schweigen zu der Rolle, die sie während des Bürgerkriegs gespielt hat. Von einer gründlichen Analyse ihrer Politik und ihres Verhaltens sowie der sich daraus ergebenden Lehren ist nichts bekannt. Wohl wird immer wieder das soziale Engagement, die Hilfsleistung für die notleidende Bevölkerung herausgestellt, mit keinem Wort wird aber Bezug auf die jeweilige politische Option genommen. Auf den seltenen nationalen Zusammentreffen, z. B. der Bischöfe, liegt über dem Wort ‚Biafra‘ und der damit hervorgerufenen Spaltung der Kirche ein Tabu. In jeder der drei Regionen, die auch kirchenpolitisch wenig Kontakt miteinander haben, wird jedoch, wenn auch oft nur hinter vorgehaltener Hand, ein Bekenntnis zu der eigenen Pro- oder Contra-Biafra-Position gegeben. Ein sichtbares Ergebnis scheint zu sein, daß sich die Kirche jetzt aus allen (macht-)politischen Auseinandersetzungen heraushält und daß sie sich bei ihren eigenen Vorhaben im klaren ist, daß die Regierung sie kritisch auf ihre nigerianische Orientierung hin bewertet. Ihr Verhältnis zur Bundesregierung und zu den Provinzverwaltungen ist distanziert. Die Mohammedaner (60% der Gesamtbevölkerung) werden bewußt oder unbewußt als Bedrohung empfunden. Eine Afrikanisierung im theologischen Bereich sowie eine Integration und Anpassung an afrikanische Werte und Traditionen ist noch nicht über das Stadium der wiederholten Aufforderung hinausgekommen. Manche Missionare sind sich ihrer Elitewirkung allzusehr bewußt. („Es gibt keine Christen, die Analphabeten sind!“ „Unsere Schulen sind — waren — die besten!“ „Unsere Krankenhäuser sind die saubersten, eine Korruption gibt es dort nicht!“) In vielen Gesprächen mit Nichtchristen, aber auch mit katholischen Intellektuellen

ist aber deutlich zu hören, daß die Kirche immer noch als ein Überbleibsel der englischen Kolonialzeit angesehen wird. Eine 1972 an der Ahmadu-Bello-Universität in Zaria im Norden durchgeführte Befragung unter den katholischen Studenten ergab, daß 63% der Befragten die Kirche als eine ausländische Einrichtung ansehen; 80% meinten, daß die ausländische Kontrolle über die nigerianische Kirche zu stark sei.

Aber auch die Kirche Nigerias ist von ersten Äußerungen der Unruhe gepackt. In einem Memorandum der katholischen Bischöfe vom Februar 1972 wird deutlich die Nigerianisierung der Kirche gefordert, die Notwendigkeit einer Besinnung auf afrikanische Werte unterstrichen, werden klare Positionen gegen Korruption und Diskriminierung eingenommen und als künftige Aufgaben das Engagement der Kirche in der Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Landwirtschaft, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit usw. herausgestellt⁵.

Im Osten Nigerias ist man mit der Heranbildung einheimischer Priester bereits recht weit fortgeschritten, und die überfüllten Knabenseminare werden als Beweis für die erfolgreichen Bemühungen gesehen. (In den vier Knabenseminaren des Ost-Zentral-Staates gibt es 1500 Schüler, im Priesterseminar in Enugu 250 Seminaristen.) Auch die Zahl der jungen Mädchen, die Ordensfrauen werden wollen, ist sehr hoch, und viele Bewerberinnen müssen abgewiesen werden. Diesen Zahlen in Ost-Nigeria stehen jedoch keine vergleichbaren in den anderen beiden Regionen entgegen, in denen der Mangel an einheimischen Priestern am schwersten wiegt. Und die Ibo-Priester werden auch in absehbarer Zeit noch nicht in den Gegenden frei arbeiten können, die von anderen Stämmen bewohnt werden.

Viele der genannten Aufgaben erfordern von der Kirche ein Umdenken, ein Verlassen traditioneller Bahnen. Eine

ganze Anzahl von Priestern und Schwestern wurde deshalb schon zu Spezialisierungskursen nach Großbritannien, Kanada und in die USA entsandt. Ob das die richtige Methode ist, sich auf die neuen Aufgaben vorzubereiten? Ein nationales kirchliches Studien- und Trainingszentrum ist bis heute nicht in Sicht.

Die Kirche scheint sich aber der Notwendigkeit eines Wandels bewußt geworden zu sein, die gewandelten Bedingungen im Lande haben das ihre dazu beigetragen. Ob sie jedoch schon die Kraft und den Mut hat, auf ausländische geistige, personelle und materielle Hilfe zu verzichten, das Wort Afrikanisierung mit Leben zu erfüllen, Laien verstärkt in die bisher äußerst klerikal dominierte Arbeit mit einzubeziehen etc., muß für die Gesamtkirche noch bezweifelt werden. Bezüglich Ost-Nigerias (Ibo-Land) kann man zur Zeit zumindest eine strukturelle Festigung beobachten. Viel wird davon abhängen, wer künftig mit der Führung der Kirche betraut wird. Zwar steht in Ost-Nigeria mit Erzbischof *F. Arinze* ein dynamischer, intelligenter, aber auch paternalistischer Mann an der Spitze. Die Erzdiözese Lagos ist aber seit dem Tod von Erzbischof Aggey ohne Leitung, und auch die Erzdiözese Kaduna im Norden wird zur Zeit noch von dem alten, kränkenden Erzbischof *J. McCarthy* geführt, der bereits mehrmals seine Rücktrittsabsichten bekundet hat. Erst nach der Neubesetzung dieser Bistümer wird sich zeigen, ob die Kirche die Herausforderung der Nigerianisierung voll annehmen wird.

¹ World University Service (Hrsg.): *Der Zerfall Nigerias*, in „Entwicklungslander“, Dokumentation III—1968, Bonn. ² Gernot N. Zieser (Diss.): *Die Propagandastrategie „Biafras“ im nigerianischen Bürgerkrieg (1967—1970)*, Universität Salzburg, 1970, Salzburg. ³ Federal Ministry of Information (Hrsg.): *Second National Development Plan 1970—1974*, 1970 Lagos. ⁴ „Nigeria Economic Survey“, in: *African Development*, März 1972, London. ⁵ „The Church and Nigerian Social Problems.“ Memorandum of the Catholic Bishops of Nigeria, Februar 1972, Lagos.

Das Dokument

Zur Diskussion des § 218

Was man vor einer Ablehnung seiner Reform bedenken sollte

Am 6. Oktober veröffentlichte die „Arbeitsgemeinschaft von Priestergruppen in der Bundesrepublik Deutschland“ (AGP) eine Erklärung zur Reform des § 218. Das Dokument geht zurück auf eine Anregung der Delegiertenversammlung der AGP in der Pfingstwoche 1972. Damals wurde der Aktionskreis Rottenburg mit der Ausarbeitung eines Diskussionspapiers beauftragt. Dieser legte einen Entwurf vor, der Anfang August den Mitgliedsgruppen der AGP zugesandt wurde. Wie die Autoren versichern, sei das Dokument von den Mitgliedsgruppen ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen worden. Verabschiedet und zur Veröffentlichung freigegeben wurde es vom Hauptausschuß der AGP Ende September. Das Dokument ist offenbar als Diskussionspapier gedacht. Es sollen Argumente geboten und nicht feste Positionen bezogen werden. Die Autoren treten nicht, wie KNA meldete, für eine begrenzte Fristenlösung ein. Sie halten zwar die Fristenlösung auch unter Christen nicht für schlechthin indiskutabel, führen aber dezidiert die Gegengründe an. Die Frage ist indessen, ob die Autoren den Rechtsschutz des Ungeborenen, zu dem sie sich nachdrück-

lich bekennen, nicht generell entwerten, wenn sie diesen auf das dem „Durchschnittsmenschen“ Zumutbare reduziert sehen möchten. Eigenartig berührt, daß sie unter dem Stichwort verantwortliche Sexualität nur die Aufklärung über Verhütungsmittel und die eventuelle Möglichkeit der Sterilisation anführen, aber nichts zur pädagogisch-ethischen Bewältigung von Sexualität zu sagen wissen. Dennoch verdient der Text eine aufmerksame Lektüre. Deshalb hier der Wortlaut:

1. Voraussetzungen

Die Frage, wie eine hilfreiche Fassung des Abtreibungsparagraphen aussieht, ist denkbar ungeeignet für die Plakatierung von Schlagwörtern. Bloß emotionale Stellungnahmen für oder gegen eine Reform des § 218 StGB, ob sie „Mein Bauch gehört mir“ oder „Abtreibung ist Mord“ lauten, führen nicht weiter. Ebensowenig nützt es, wenn man verschleierte, daß die bisherigen Strafbestimmungen ihren Zweck, ungeborenes menschliches Leben zu schützen, nicht erfüllten, oder wenn man vertuscht,